

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 888 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 84

## Inhalt

Hans-Jochen Vogel MdB, SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender, erinnert an die Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten vor 20 Jahren: Die Maßstäbe des Bürgerpräsidenten sind aktuell geblieben.

Seite 1

Horst Niggemeier MdB verlangt eine an den wirklichen Kosten orientierte Diskussion über die Kohlehilfe: Große Chance für den Kanzler.

Seite 4

Hans Urbanik MdB macht auf die konkreten Folgen der Gesundheitsreform aufmerksam: Kredite für die Kranken.

Seite 6

44. Jahrgang / 44

3. März 1989

### Die Maßstäbe des Bürgerpräsidenten sind aktuell geblieben

Vor zwanzig Jahren wurde Gustav Heinemann gewählt

Von Hans-Jochen Vogel MdB  
SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender

Noch ist nicht klar, ob es uns gelingt, die Gedenktage und Jubiläen des Jahres 1989 angemessen zu begehen. Da gibt nicht nur der zwanzigste Jahrestag des 5. März 1969, an dem mit Gustav Heinemann der erste und bisher einzige Sozialdemokrat zum Bundespräsidenten gewählt wurde, Anlaß zur Erinnerung an diesen bedeutenden demokratischen und freiheitlichen Politiker. Seine Einsichten und Mahnungen, die von ihm gesetzten Maßstäbe, bieten uns auch wertvolle Hilfe zur Beantwortung der schwierigen Fragen, die sich aus den wichtigen Gedenktagen dieses Jahres ergeben. Gustav Heinemann hat den Wert der freiheitlichen Verfassungsordnung des Grundgesetzes, dessen 40. Jahrestag bevorsteht, mit besonderem Nachdruck betont und dadurch vielen Menschen erst richtig bewußt gemacht. Am Aufbau und an der Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland, die im Herbst 1989 vierzig Jahre lang besteht, hat er von der ersten Stunde an in verschiedenen Funktionen aktiv mitgearbeitet.

Für ihn gab es nach dem Kriegsende auch aus seiner christlichen Glaubenshaltung heraus keine Zweifel an der Pflicht, politische Verantwortung zu übernehmen und Aufgaben zu erfüllen, wo immer sie ihm gestellt wurden. Als Mitglied der CDU war er in den Nachkriegsjahren Oberbürgermeister in Essen, Justizminister in Nordrhein-Westfalen und schließlich, im ersten Kabinett Adenauer, Bundesinnenminister.

Das Bekenntnis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands war für ihn nicht Phrase oder Kampfparole, sondern moralische und politische Verpflichtung von hohem Rang. Für ihn war klar, daß der von Kanzler Adenauer verfolgte Weg der politischen und militärischen Einbindung der Bundesrepublik in den Westen die Absage an jegliche Wiedervereinigung auf unabsehbare Zeit einschloß. Weil er zugleich sah, daß Chancen für eine deutsche Einheit unter akzeptablen Umständen nicht einmal geprüft wurden, zog er für sich die entschiedene Konsequenz, von seinem Ministeramt zurückzutreten und den politischen Kurs Adenauers zu bekämpfen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verantwortung überträgt  
an den vertriebsrechtlichen  
Belegungs-Person



Dieser Kampf, verbunden mit der Gründung einer eigenen Partei, der „Gesamtdeutschen Volks-Partei“, führte Heinemann in die Verfemung und in Niederlagen. Er galt als gescheitert, als Mann ohne weitere politische Zukunft.

Aber er resignierte nicht und verkämpfte sich auch nicht in Positionen, die durch Zeitablauf und politische Entwicklung erledigt waren. Mit vielen seiner politischen Freunde schloß er sich 1957 der SPD an, wurde in den Bundestag gewählt und trat gleich zu Anfang dem Bundeskanzler Adenauer mit zwei viel beachteten Reden so energisch entgegen, daß dieser darüber sichtlich in Verlegenheit geriet. Als Verteidiger in politischen Strafsachen führte Heinemann gleichzeitig einen ausdauernden Kampf gegen das damalige politische Strafrecht, das als Instrument des Kalten Krieges engherzig gehandhabt und deswegen bald auch vom Bundesverfassungsgericht beanstandet wurde. Heinemann selbst konnte als Bundesjustizminister der Großen Koalition 1968 die Reformbemühungen erfolgreich zu Ende bringen und das politische Strafrecht in freiheitlichem Geist vollständig erneuern.

Seine Wahl zum Bundespräsidenten war nicht selbstverständlich. Die FDP brauchte lange, um sich mit Mehrheit zu einer Entscheidung für ihn durchzurufen. Die CDU/CSU dagegen konnte für ihren Kandidaten der Unterstützung durch die äußerste politische Rechte sicher sein; die Wahlmänner der NPD sagten dem Gegenkandidaten Heinemanns geschlossen ihre Stimmen zu.

Unter diesen Umständen war es eine schicksalhafte Weichenstellung für die weitere politische Entwicklung der Bundesrepublik, daß Heinemann - erst im dritten Wahlgang - mit einer knappen sozialliberalen Mehrheit gewählt wurde und sich das Bündnis aus Konservativen und Rechtsradikalen nicht durchsetzen konnte.

So sehr er Präsident aller Bürger sein wollte, so deutlich betonte Heinemann von Anfang seiner Amtszeit an die Pflicht zur Sicherung des Friedens und zur weiteren Stärkung der freiheitlichen Demokratie. „Der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben.“ - „Freiheitliche Demokratie muß endlich das Lebenselement unserer Gesellschaft werden.“ - „Überall müssen Autorität und Tradition sich die Frage nach ihrer Rechtfertigung gefallen lassen.“ - „Nicht weniger, sondern mehr Demokratie - ...das ist das große Ziel.“ Mit diesen Aussagen stellte er schon bei seiner Einführung als Bundespräsident klar, daß nicht nur ein Personenwechsel stattgefunden hatte, sondern daß - unter seiner tatkräftigen Mitwirkung - ein neues Kapitel der Verwirklichung des vom Grundgesetz gewollten freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaats geschrieben werden sollte.

Heinemann war besonders daran gelegen, die eigenständigen deutschen Wurzeln der demokratischen Verfassungsordnung freizu legen und so jedermann klar zu machen, daß das Grundgesetz seine Entstehung nicht nur den Erfahrungen aus dem Scheitern der Weimarer Republik, aus den Verbrechen und Irrtümern der Nazizeit und schließlich aus dem Kriegsende verdankte. Immer wieder und besonders betont am Ende seiner Amtszeit wies er auf die Bedeutung der Freiheitsbewegungen und auf die erste demokratische Verfassung Deutschlands hin, die 1849 von der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche verabschiedet worden ist. In ihren Prinzipien sah er die Grundlagen aller weiteren Arbeiten an demokratischen Verfassungen in Deutschland. Heinemann würde es heute nicht bei dem einen Verfassungsjubiläum, dem 40. Jahrestag des Grundgesetzes, bewenden lassen. Mit gutem Grund würde er darauf bestehen, daß gleichzeitig auch die jetzt 140 Jahre alte Paulskirchen-Verfassung gewürdigt wird.

An die eigenständigen deutschen Ursprünge der freiheitlichen Demokratie dachte Heinemann, wenn er sagte: „Unser Volk kann aus seiner Geschichte vieles aufweisen, was uns mit Freude und Selbstbewußtsein zu erfüllen vermag.“ Zugleich vertrat er im Umgang mit der deutschen Geschichte mit großer Entschiedenheit einen Standpunkt, der trotz der in die gleiche Richtung zielenden Reden des jetzigen Bundespräsidenten immer noch nicht unumstritten ist. Um unserer Zukunft willen bleibt die Aufhellung unserer eigenen Geschichte nach Heinemanns Worten auch in den Bereichen geboten, in denen schwere und schwerste Verbrechen, ja Völkermord, unser Volk belasten. „Nur wenn wir uns selbst nicht aus der Frage entlassen, wie es zu dem schreckensvollen Kapitel des Nationalsozialismus kommen konnte, werden andere Völker dieses Kapitel nicht länger gegen uns vorkehren können“, sagte er bei seiner Amtseinführung vor dem Bundestag.

Das allein ist auch heute die Haltung, mit der wir die Belastungen eines Gedenktages ertragen und bestehen können, der im Laufe dieses Jahres alle etwaigen Jubelfeiern überschatten wird. Wir selbst sollten uns zum 1. September, dem 50. Jahrestag des von Deutschland entfesselten Weltkriegs die mit dem deutschen Namen verbundenen Schandtaten sichtbar vor Augen halten und die daraus folgenden Konsequenzen deutlich aussprechen. Heinemann hat vorgezeichnet, daß es um beides geht: Um die Besinnung auf das Geschehene und die Bekräftigung des neuen Anfangs. Ihn hätte es nicht weniger peinlich berührt als uns, zu erleben, daß aus der CDU/CSU zur Form dieses neuen Anfangs ein öffentlicher Streit darüber begonnen wird, ob der Bundespräsident zum 1. September einer Einladung nach Polen folgen soll.

Gustav Heinemann hat ein Bürgerpräsident werden wollen. Er ist es geworden. Vielleicht sind deshalb die Einsichten und Maßstäbe, die er vermittelt hat, mit so nachhaltiger Wirkung von den Menschen aufgenommen worden. Oft wünscht man sich, daß von Heinemann mehr die Rede wäre, daß an ihn mehr erinnert würde. So ist es zu begrüßen, daß nach der Neuauflage seiner Aufsätze und Reden aus den Jahren 1919 bis 1969 unter dem Titel „Es gibt schwierige Vaterländer...“ in diesem Frühjahr auch die rechtspolitischen Schriften Heinemanns erscheinen werden. Die Lektüre seiner Texte freilich bestätigt, daß auch ohne ausdrückliche Erinnerung an den Mann seine Gedanken unter uns lebendig sind und daß seine Mahnungen Frucht getragen haben. Auch Heinemanns Vermächtnis ist ein großes Angebot, das aktuell geblieben ist und dessen Nutzung uns deshalb noch viele Vorteile bringen kann. (-/3.3.1989/vo-he/st)

---

(Dieser Beitrag erscheint auch am Samstag, dem 4. März, im „Vorwärts“)

\* \* \*

### Große Chance für den Kanzler

Die Diskussion um die Kohlehilfe muß sich an den Tatsachen orientieren

Von Horst Niggemeier MdB

Die IG Bergbau und Energie (IGBE) hat jetzt eine bundesweite Informationskampagne gestartet, um die einzigartige Bedeutung der deutschen Steinkohle für eine sichere Energieversorgung darzustellen. Mit einer Auflage von acht Millionen Exemplaren wird die IGBE „den ersten großen Schritt“ (IGBE-Chef Heinz-Werner Meyer) mit Hilfe einer flott-informativ gemachten Zeitung tun, um mit den von Kohle-Gegnern sorgfältig gepflegten Vorurteilen aufzuräumen.

Eines dieser Vorurteile ist es, daß wir in der Bundesrepublik gut und gerne auf die einheimische Kohle verzichten könnten, da man sich ja mit der zur Zeit wesentlich billigeren Importkohle eindecken könnte.

Dies ist eine abenteuerliche Vorstellung, denn alle Experten in den weltweit operierenden Organisationen sind sich einig, daß der Kohlebedarf angesichts einer dramatisch anwachsenden Weltbevölkerung und fortschreitender Industrialisierung in den Ländern der Dritten Welt sehr erheblich ansteigen wird.

Von derzeit 4.400 Millionen Tonnen Kohle wird sich der Bedarf bis zum Jahr 2000 - also in nur elf Jahren - auf 5.500 Millionen Tonnen erhöhen.

Auch die Bundesrepublik wird in dem gleichen Zeitraum einen um 20 Millionen Tonnen höheren Bedarf haben. Das wären dann 95 Millionen Tonnen Steinkohle. So jedenfalls hat es die Bundesregierung in ihrem Energiebericht vom 24. September 1986 selbst prognostiziert.

Die Schlußfolgerung der IGBE aus diesen Prognosen über den Anstieg des Kohleverbrauchs ist sehr realistisch:

„Die Nachfrage nach Kohle steigt weltweit. Das bedeutet auf Dauer knappere Angebote und höhere Preise.“

Aus dieser vorhersehbaren Entwicklung müssen jetzt energiepolitische Konsequenzen gezogen werden. Jetzt ist das deutsche Parlament und seine Regierung gefordert, den langfristig zu sehenden Erfordernissen einer sicheren Energieversorgung Rechnung zu tragen.

Das Schielen nach aktuellen weltmarktbedingten Preisvorteilen bei den einzelnen Energieträgern macht blind für langzeitstrategische Überlegungen.

Dies gilt auch für das gepflegte Vorurteil, wonach die öffentlichen Hilfen für die deutsche Steinkohle nicht mehr länger finanzierbar sein sollen, zumal der Strom aus Kernenergie billiger sei als Kohlestrom.

Diesem Argument ist die IGBE mit dankenswerter Akribie nachgegangen und dabei zu Erkenntnissen gekommen, die bemerkenswert sind:

Seit 1956 haben Bund und Länder - gerechnet in den Preisen von 1988 - 80,2 Milliarden Mark an öffentlichen Hilfen für die Kernenergie gezahlt, während im gleichen Zeitraum 51,4 Milliarden Mark (nach Preisen von 1988) an öffentlicher Hilfe für die Steinkohleverstromung gezahlt wurden.

Man kann es drehen und wenden wie man will: Die IG Bergbau und Energie hat mit ihren exakten und völlig emotionsfreien Darlegungen über die an die Kernenergiewirtschaft in den letzten 32 Jahren gezahlten öffentlichen Mittel den Schleier der bisher kunstvoll praktizierten Undurchsichtigkeit weggezogen.

Es wird schwerfallen, den Berechnungen der Bergarbeitergewerkschaft die Seriosität abzusprechen. Hier ist jetzt eine neue Dimension in die Diskussion über die Stromerzeugungskosten eingeführt worden.

Dies sollte als Chance begriffen werden, den seit Jahren schwelenden Streit über den „teuren Kohlestrom“ und den „billigen Atomstrom“ zu versachlichen.

Dabei sollte der alte Fehler nicht wiederholt werden, mit verkürzten Zeiträumen und aktuellen Daten zu operieren, um für den einen oder anderen Energieträger eine vermeintlich günstigere Kostenposition zu errechnen. Das wäre einer objektiven Beurteilung der Tatsachen nicht dienlich.

Daß der Anteil öffentlicher Hilfe bei der aus Kernenergie bisher erzeugten Kilowattstunde Strom 7,6 Pfennig beträgt und bei der Steinkohle nur bei 1,9 Pfennig liegt, ist von der IG Bergbau und Energie in einem nachvollziehbaren Rechengang nüchtern dargestellt worden.

Der IG Bergbau und Energie kann dabei vertraut werden, daß dies - so der IGBE-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer - „kein Argument gegen die Kernenergie sein soll“, sondern es den Bergleuten hier schlicht und einfach darum geht, die von den revierfernen Bundesländern und der Mehrheit des Bundestages so gern und immer wieder verbreitete These von der vermeintlichen Unbezahlbarkeit der öffentlichen Kohlehilfen nicht weiter als Argument gelten zu lassen.

Die völlig schiefe Schlachtordnung in der aktuellen Diskussion um die öffentlichen Kohlehilfen könnte jetzt begradigt werden. Der Bundeskanzler hätte hier eine große Chance, auf der Grundlage der Argumentationslinie aus dem Hause der für ihre Seriosität bekannten IG Bergbau und Energie einen völlig neuen Gesprächsanfang mit den Bundesländern zu eröffnen.

Gleichzeitig sollte Helmut Kohl sein Bundeswirtschaftsministerium danach fragen, warum es bisher versäumt (oder absichtlich vermieden) hat, ihm - dem Regierungschef - jene faktenorientierten Argumentationshilfen an die Hand zu geben, die es der Bundesregierung gestattet hätten, mit der Elektrizitätswirtschaft und den Bundesländern die Fragen der Kohleverstromung sachgerecht zu erörtern und die Unruhen in den Kohlerevieren zu vermeiden.

Noch ist es dazu nicht zu spät. Die von der IG Bergbau und Energie vorgelegten Zahlen zum Anteil der öffentlichen Hilfen an der Stromerzeugung aus Kohle und Kernkraft bieten die Möglichkeit des sofortigen Handelns.

(-/3.3.1989/vo-he/st)

\* \* \*

Kredite für die Kranken  
-----

Die Auswirkungen der Gesundheitsreform

Von Hans Urbaniak MdB

Die Auswirkungen des sogenannten Gesundheitsreformgesetzes treiben immer buntere Blüten. Wenn, wie in den Tagesthemen vom 1. März 1989 geschildert, Zahnärzte dazu übergehen, ihren Patienten Kreditinstitute zu empfehlen, die bei der Finanzierung notwendigen Zahnersatzes behilflich sein können, so verschlägt es einem erst einmal die Sprache. Abgesehen von der Frage, ob es sich mit der Berufsehre eines Arztes vereinbaren läßt, für Kreditinstitute Reklame zu machen, zeigt dieses Gebahren deutlich, wie viele Patienten durch die Gesundheitsreform in finanzielle Nöte geraten. Als nur folgerichtig erscheint einem dann die Reaktion der betroffenen Bank, dem Kreditsuchenden vorzuschlagen, sein Konto bei ihr einzurichten, damit eine Sicherheit für das Bankinstitut gewährleistet ist.

Nach dieser Sendung ist deutlich geworden, daß es also doch jemanden gibt, der von der Gesundheitsreform profitiert, nämlich die Kreditinstitute. Somit muß man dem Bundesarbeitsminister attestieren, daß er, wenn schon nicht für die Patienten, so doch wenigstens mit diesem Gesetz, etwas für die deutsche Kreditwirtschaft getan hat.

Die unverantwortlichen Folgen dieses sogenannten Reformgesetzes werden in den nächsten Wochen und Monaten noch weiter publik werden. Zusammenfassend kann man heute schon sagen, daß ein Gesetz, das kranke Menschen zwingt, Bankkredite aufnehmen zu müssen, um wieder gesund zu werden, eine Schande für all diejenigen ist, die es beschlossen haben.

(-/3.3.1989/vo-he/st)

\* \* \*